

20.03.2024, 16:31 Uhr

Gewerkschaft blendet Realitäten aus: „Branche steckt in der Krise fest“

Arbeitgeberverband weist Forderungspaket zurück

Die chemisch-pharmazeutische Industrie in Hessen sieht sich vor dem Hintergrund der Wirtschaftskrise mit einer Forderung konfrontiert, die nicht in die Zeit passt. Die IG BCE Hessen-Thüringen fordert mindestens 7 Prozent höhere Entgelte.

Dirk Meyer, Hauptgeschäftsführer des Arbeitgeberverbandes HessenChemie, erklärt dazu: „Die Vorstellungen der IG BCE Hessen-Thüringen berücksichtigen nicht die ernste Lage, in der sich die Branche befindet. Die aktuelle Krise manifestiert sich in Hessen ganz konkret in einem Rückgang der Produktion um 7,9 Prozent und des Umsatzes um 8,1 Prozent. Für 2024 gibt es derzeit keine Anzeichen für eine Erholung.“

Trotz dieser Schwierigkeiten haben die Arbeitgeber im Januar die Gehälter bereits um 3,25 Prozent erhöht sowie ein abgabenfreies Inflationsgeld von 1.500 Euro gezahlt. „Bei einer erwarteten Inflation von 2,5 Prozent für 2024 ist damit die Teuerung bereits überkompensiert. Es gab und gibt in unserer Hochlohnbranche keinen Nachholbedarf“, betont Meyer.

Zusätzliche Belastungen durch weiter steigende Arbeitskosten würden den Kostendruck auf die Unternehmen weiter erhöhen. „Mit einem krisengerechten Tarifabschluss müssen wir jetzt aber Wettbewerbsfähigkeit und Arbeitsplätze sichern“, fordert der Hauptgeschäftsführer.

„Der Wunsch nach ‚exklusiven Vorteilen für Gewerkschaftsmitglieder‘ widerspricht dem Grundgedanken der Gleichbehandlung aller Beschäftigten und findet bei den Arbeitgebern keine Akzeptanz“, kommentiert Meyer die zweite Gewerkschaftsforderung.

Offen zeigt sich HessenChemie gegenüber dem dritten Forderungspunkt: „Auch wir



würden gerne den Bundesentgelttarifvertrag modernisieren und diesen weniger bürokratisch gestalten. Allerdings dürfen hier keine zusätzlichen Kosten durch die Hintertür entstehen“, so Meyer abschließend.

Die Chemie-Tarifverhandlungen in Hessen beginnen am 19. April 2024 in Niedernhausen.